



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

herüber schob, und die Litauer Frommen einen Choral von siebzehn Versen anstimmten, wobei die beiden Männer in rüstig fortschreitendem Rhythmus eine Art Duett sangen, und die Urte mit ihrer zitterigen Stimme in den höchsten Lagen Verzerrungen in Triolen ausführte, stieß der Doktor Schwächting an und sagte: Kommen Sie, Schwächting, beim Singen können sie uns nicht brauchen.

Sie erhoben sich also bei der nächsten Pause, wurden zur Tür geleitet und mit Worten des Dankes und der Ehrerbietung entlassen.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Der etwas jähe Schluß des Reichstags an Stelle der erwarteten Vertagung hat hier und da überrascht. Tatsächlich aber war es hohe Zeit, dem grausamen Spiel der Beschlußunfähigkeit ein Ende zu machen. Der Erwägung auf der einen Seite, die Ergebnisse der mühevollen und langwierigen Kommissionsberatungen noch unerledigter Vorlagen zu retten, stand die staatsrechtlich vollkommen begründete und sachlich im hohen Grade gerechtfertigte Erwägung gegenüber, daß es sich vom Standpunkte des Reichsrechts und der Reichsverfassung aus nicht empfehle, den beschlußunfähigen Reichstag wie eine ewige Krankheit von einem Jahr ins andre zu schleppen und damit das Versagen der Volksvertretung auch noch zu prämiieren. Es wäre das ein Preis auf Gleichgiltigkeit, Lässigkeit und parlamentarische Verschleppungstaktik gewesen. Ehedem war die Vertagung des Reichstags vom Frühjahr zum Spätherbst eine seltne Ausnahme, neuerdings droht sie zur wohlberechneten Regel zu werden. Nicht allein, daß damit die Immunität der Abgeordneten in Permanenz erklärt und so in bezug auf Mitglieder des Reichstags geradezu eine Rechtsverweigerung eingeführt wird, weil sie für die Dauer der Sesssionen den Strafgerichten unerreichbar bleiben, sondern auch für die einzelnen Parteien und damit für die Gesetzgebung selbst hat diese Verlängerung der Sesssionen große Unzuträglichkeiten zur Folge. Es kann zum Beispiel eine abgelehnte Vorlage wohl in einer neuen Session, nicht aber nach einer Vertagung von neuem eingebracht werden. Eine durch zufällige, ungünstige Besetzung oder Beschlußunfähigkeit herbeigeführte Stellung des Plenums sowie der einzelnen Fraktionen kann sehr wohl in einer neuen Session, nicht aber nach einer Vertagung revidiert werden. Auch der Einwirkung der Wähler sind die Abgeordneten durch eine Vertagung viel mehr entzogen als durch den Schluß der Session, kurz es spricht eigentlich jede politische Erwägung gegen die Vertagung, nach der die Abgeordneten, die überhaupt noch in den Reichstag kommen, alle Stimmungen und Verstimmungen sowie das leidige, langsame Tempo der ersten Sessionshälfte wieder mitbringen, während wenigstens beim Beginn einer neuen Session schon durch die Notwendigkeit einer neuen Präsidentenwahl der parlamentarische Puls etwas voller zu schlagen pflegt. Außerdem war es wirklich hohe Zeit, daß der Bundesrat unter den Reichstagschlehdrian der letzten Monate einen kräftigen und festen Strich zog.

Die Debatte im Herrenhause über die Vergesetzsnovelle hat erwiesen, daß dort ein starker konservativer Kern des Widerspruchs vorhanden ist, der die Vorlage vom Standpunkte des principis obsta beurteilt und verurteilt. Der Ministerpräsident hat in seinen beiden Reden dieser Stimmung durchaus Rechnung getragen, zugleich aber die innerlich wohl berechtigte Hoffnung auf eine Verständigung ausgesprochen. Die Reden der Herren von Manteuffel, von Burgsdorff u. a. trugen doch mehr den Charakter einer prinzipiellen Rechtsverwahrung als einer endgiltigen Ablehnung, sprachen aber immerhin die in weiten Kreisen, nicht nur des Herrenhauses oder des

Unternehmertums, bestehende Verstimmung darüber aus, daß unsre Sozialpolitik des letzten Jahrzehnts immer nur einer Erweiterung der Rechte der Arbeiter gegolten hat, ohne diesen Rechten die entsprechenden Pflichten gegen die Allgemeinheit zur Seite zu stellen. In einem wohlorganisierten Staatswesen darf es kein Recht ohne Pflicht geben. Übrigens hat kein geringerer als Graf Posadowsky das selbst anerkannt, und auch Graf Bülow trug kein Bedenken, sein Bedauern über die praktischen Konsequenzen dieses Zustandes, wie er im Krankenkassenwesen in abschreckender Weise zutage tritt, unumwunden auszusprechen. Der Mißbrauch, den die Sozialdemokratie mit der Sozialreform treibt, indem sie alle Wohltaten ohne jede Anerkennung für ihre agitatorischen Zwecke konfisziert und ausbeutet, hat begreiflicherweise die Neigung zu weiteren sozialreformerischen Maßnahmen in den intelligenten und den wohlhabenden Kreisen sehr vermindert. Hoffentlich schafft der „neue Unterbau,“ den Graf Posadowsky in Aussicht gestellt hat, mit der „Reform der Sozialreform“ zugleich die Grundlagen für einen gesunden weiteren Ausbau.

Wenn die Weltgeschichte mehr Revolutionen „von oben“ als „von unten“ zu verzeichnen hat, so kommt das wohl daher, daß einsichtige Staatskunst die Revolution „von unten“ durch Revolution „von oben“ verhindert, ihr zuvorkommt und damit die Fundamente des Staatsgebäudes intakt erhält. Hätte Ludwig der Sechzehnte so gehandelt, so wäre ihm sein trauriger Ausgang und Frankreich seine Tiefenkatastrophe erspart geblieben, und auch die „Berliner Märzrevolution“ wäre durch ein vier Wochen früher ehrlich gegebenes und ehrlich gehaltenes königliches Patent unmöglich geworden. Die Revolution „von oben“ hat weitaus in den meisten Fällen die größere sittliche Berechtigung für sich. Was übrigens das bestimmte Manteuffelsche Autogramm von 1877 anlangt, so existiert gerade aus derselben Zeit (22. Februar 1877) ein Schreiben Ranke's an Bismarck, das zwischen dem Historiker und dem Manne der praktischen Politik, dem Staatsmanne, scharf unterscheidend, dem Historiker Glück dazu wünscht, den Staatsmann erlebt zu haben (Bismarck-Jahrbuch II, 256).

Die fröhliche Festwoche Deutschlands steht zu dem Trauerspiel in Ostasien nicht nur in einem äußerlich bemerkenswerten Gegensatz. Nicht nur daß bei dieser Familienfeier des deutschen Kaiserhauses fast alle zivilisierten Nationen der Erde vertreten sind, und daß sie bei allen deutschen Stämmen einen freudigen Widerhall findet — sie gewährte gegenüber den zersetzenden Strömungen, die durch die Welt gehn, ein hervorragendes Zeugnis für die Stärke der patriotischen und der sittlichen Kräfte, die nach wie vor im deutschen Volke lebendig sind und bei diesem schönen Anlaß vor der gesamten Kulturwelt in voller Ursprünglichkeit hervortreten. Mehr noch als von den stürmisch-herzlichen Huldigungen, die der holden Braut zuteil wurden, gilt dies von dem Enthusiasmus, mit dem der an der Spitze seiner Kompanie einherreitende Kronprinz von den Tausenden und Abertausenden begrüßt wurde, die Straßen, Tribünen und Fenster füllten und sogar die Dächer dicht besetzt hielten. Frohen Herzens und doch tief bewegt winkte der Kronprinz seinen Degengruß auch zu den Dächern hinauf, ein hoffnungsreiches, verheißungsvolles Bild, das den jungen Bräutigam wohl bis in seine fernsten Lebensstage nicht verlassen wird. Möge es allezeit für gute und böse Tage ein getreuer Spiegel der Zukunft unsers Landes und Volkes bleiben!

Die Ansicht eines Teils der Presse, daß der Untergang der russischen Flotte den Friedensschluß unvermeidlich nach sich ziehen müsse, weil diese Flotte der letzte Trumpf in der Hand Rußlands gewesen sei, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Sicherlich haben weder die Japaner auf einen so bedeutenden Erfolg gerechnet, noch haben die Russen eine solche Niederlage auch nur für möglich gehalten, die vorzügliche Führung der Flotte bis kurz vor der Entscheidung schien in der Tat vielen Hoffnungen Recht zu geben. Welcher Art auch immer die Ursachen der Niederlage sein mögen, ihr letzter Grund wird immer die mangelhafte Ausbildung von Offizieren und Mannschaften gewesen sein, die sich während der mehrmonatigen

Reise nicht nachholen ließ. Es ist dies eine eindringliche Lehre, den Flotten aller Länder gepredigt: je erlesener die Besatzungen und das Material sein werden, um so sicherer wird am Tage der Entscheidung der Erfolg sein. Dieser Rücksicht sollte jede andre, auch die Frage der Dienstzeit auf der Flotte, untergeordnet werden. Der tausendfältige und so leicht verwundbare Mechanismus des modernen Kriegsschiffes fordert ein inniges Verwachsen von Offizieren und Mannschaften mit dem Schiff, seiner Waffenkraft und seiner Bewegungskraft. Wo das fehlt, wird der Sieg fehlen, und mit unsrer kurzen Dienstzeit ist das schwer zu erreichen.

Der russisch-japanische Krieg zeichnet sich vor andern weltgeschichtlichen Ereignissen dieser Art sowohl durch die außerordentlichen Anstrengungen aus, die er erheischt, und durch die Opfer, die er verschlingt, als auch durch die Unmöglichkeit für jeden der beiden streitenden Teile, allein den andern zum Frieden zu zwingen. Nach dem Verluste seiner Flotte kann Rußland vorläufig nicht daran denken, Japan die Bedingungen des Friedens vorzuschreiben, auch wenn sich das Waffenglück in der Mandchurei den russischen Fahnen in einer Weise zuwenden sollte, die heute kaum noch zu erwarten ist. Vollends da den Japanern in der revolutionären Bewegung im Innern Rußlands ein Verbündeter erwachsen ist, auf den sie, als sie den Krieg begannen, schwerlich gerechnet hatten. Dieser unerwartete Verbündete hemmt die russische Mobilmachung und fesselt bedeutende Kräfte, gerade die besten russischen Armeekorps, an die heimatlichen Garnisonen. Soweit der russische Staatswille in der persönlichen Entschließung des Zaren zum Ausdruck kommt, ist an einen Friedensschluß, zumal bei den Forderungen, die Japan zu stellen gewillt scheint, zunächst nicht zu denken. Rußland kann mit seinen schier unererschöpflichen Hilfsmitteln den Verlauf der Dinge abwarten. Es kann hinter der jetzigen mandchurischen Feldarmee eine neue große Armee formieren, auf die ein über Charbin hinaus siegreich vordringendes japanisches Heer stoßen würde, es kann auf keinerlei Weise in die Lage kommen, japanische Friedensbedingungen annehmen zu müssen, soweit und solange sich keine andre Macht die japanischen Forderungen aneignet, oder die revolutionäre Bewegung in Rußland selbst überhand nimmt. Daß Deutschland der russischen Regierung keinerlei Ratschläge erteilen wird, am allerwenigsten solche, die auf eine Unterwerfung unter die Friedensbedingungen des Siegers hinauslaufen, ist selbstverständlich. Deutschland würde sich auch keiner wie immer gearteten internationalen Intervention anschließen, die nicht im Wunsche Rußlands läge. Was die andern nächstinteressierten Großmächte anbetrifft, so ist es durchaus begreiflich, daß Frankreich das Ende eines Krieges herbeiwünscht, der die Kräfte seines Verbündeten für Ziele in Anspruch nimmt und aufreibt, die außerhalb des europäischen Interessenkreises Frankreichs liegen, um dessentwillen allein Frankreich das Bündnis Rußlands gesucht hat. Dazu kommt, daß die unermesslichen Geldopfer, die der Krieg dem russischen Reiche auferlegt, den Besitz an russischen Anleihen in französischen Händen gerade nicht wertvoller machen, und daß eine unabsehbare Verlängerung des Krieges Frankreich doch wohl oder übel in die Lage bringen könnte, gelegentlich bestimmter Stellung nehmen zu müssen.

Um einer Isolation zu entgehn oder um vor einem Konflikt mit England während der jetzigen Lage Rußlands gesichert zu sein, hat sich Frankreich England, dem Verbündeten Japans, genähert. Seine Position ist dadurch nicht bequemer geworden, sofern es Rußland die Treue halten will. Hierzu treten die unberechenbaren Wirkungen des Krieges auf China, die Notwendigkeit für Frankreich, seine Stellung in Indo-China zu verstärken, sich weder von Rußland noch von England zu trennen, auch nicht in einen Gegensatz zu Japan zu geraten. Kurzum die Situation bedeutet für die französische Politik ein Steuern auf einem sehr klippenreichen Meere, eine Aufgabe, die auch für einen genialern Staatsmann als Herrn Delcassé schwer genug sein würde.

Wiel geringer ist das Bedürfnis Englands, einen Krieg beendet zu sehen, wo Japan Englands Schlachten schlägt, ohne daß dieses sich einen Finger naß zu

machen braucht. Je gründlicher Rußlands Niederlage ist, desto vorteilhafter ist es für England, und je mehr die Siege den Sieger erschöpfen, desto mehr an Gewicht gewinnt der „Verbündete“ des Siegers, der *tortius gaudens*. Was die Zukunft anlangt, von der man sagen könnte, daß sie auch für Großbritanniens Stellung in Ostasien manche Schwierigkeiten im Schoße berge, so ist man sich ohne Zweifel auch in London darüber klar, die eifrige Betonung der Erneuerung des Bündnisses mit Japan, der wir in ministeriellen und parlamentarischen Kundgebungen der jüngsten Zeit ebenso wie in der englischen Presse begegnet sind, erinnert doch lebhaft an das Sprichwort: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Man wünscht in England das Bündnis mit Japan noch enger und fester zu machen. Aber das Japan, mit dem diese Erneuerung zu verhandeln ist, ist nicht mehr das vom 30. Januar 1902. Es ist eine siegreiche Großmacht geworden, siegreich nicht nur über China, sondern über die dem Umfange nach größte Militärmacht Europas, und wenngleich Japan diese Erfolge zum Teil auch dem Bündnis mit England verdankt, so wird es doch in die Fortsetzung dieses Bündnisses mit einem stark gehobnen Gefühl der Ebenbürtigkeit eintreten. Von japanischer Seite ist deutlich genug ausgesprochen worden, daß Japan in Zukunft die Hegemonie in Ostasien beanspruche. Diese Hegemonie stand ehemals bei England. Seit dem Vordringen der russischen Macht und seit der internationalen Expedition nach China war diese britische Hegemonie stark bestritten, sie durch das japanische Bündnis zurückzugewinnen, dürfte fortan nicht mehr möglich sein. Ein intimes Verhältnis zu Japan kann für England nur die Wirkung haben, daß ihm an Einfluß und Stellung in Ostasien erhalten bleibt, was es gegenwärtig hat, und daß zugleich Japan dadurch verhindert wird, in eine zu enge Intimität zu Amerika zu treten.

Der Anspruch Amerikas, die Monroe doktrin bis auf das asiatische Ufer des Stillen Ozeans auszudehnen, Amerikas Stellung auf Hawaii und den Philippinen, sind andererseits für Japan ernste Mahnungen, sich nach einem Bündnis umzutun, das diesem amerikanischen Anspruch gegenüber ausreichend und stark genug wäre. Dieses Bündnis kann nach Lage der Verhältnisse nur das mit England sein, und in dieser Sorge Japans liegt für Großbritannien ein hinreichendes Gegengewicht gegenüber der japanischen Erstarkung. Amerika hat sich beeilt, der russischen Regierung seine guten Dienste anzubieten. Amerika wünscht den Krieg beendet zu sehen, nicht etwa aus Menschlichkeitsgründen, sondern in Anbetracht der mit seinen Erfolgen und durch diese wachsenden Bedeutung Japans. Eine Verdrängung Rußlands aus Ostasien liegt also nicht im Interesse der Vereinigten Staaten, denen in Japan ein viel unbequemeres Element der Macht und Stärke, gehoben durch kriegerische Erfolge allerersten Ranges, gegenübertritt. Aus dieser Stellung der Mächte zueinander ergibt sich deutlich, wie außerordentlich sich der Interessenkreis für sie alle erweitert hat, und daß er tatsächlich den Erdball umspannt.

Wenn die Vereinigten Staaten dabei fortgesetzt durch den Mund ihres Präsidenten die Notwendigkeit der Schaffung einer starken Flotte betonen, so weisen sie damit nur auf das Machtmittel hin, auf das sich eine solche den Erdball umspannende Interessenpolitik stützen muß. Nimmt man hinzu, daß Rußland mit großer Beschleunigung an die Schaffung einer neuen Flotte hinantreten wird, und daß Japan ebenso an der Vergrößerung der seinigen mit allen Mitteln arbeiten wird, zumal nach dem Friedensschlusse, so muß diese maritime Tätigkeit dreier Seemächte auf alle andern eine Rückwirkung haben. Italiens neues Flottenprogramm ist schon bekannt, England und Frankreich sind in unausgesetzter, England dabei in ziemlich lautloser Arbeit — Deutschland wird sich diesen Konsequenzen der Weltlage nicht entziehen dürfen. Von hier aus muß auch die Verabschiedung des Vertrags mit Bremen durch den preußischen Landtag mit Befriedigung begrüßt werden. Es entsteht uns dadurch ein neuer großer Hafen an der Nordsee, dessen dereinstige reiche Hilfsmittel auch unsrer Flotte in mehrfacher Hinsicht zustatten kommen werden. Regieren heißt: voraussehen.

g

Die Katastrophe von Tsuschima. Am 27. und 28. Mai ist die lang erwartete Entscheidung zur See in der Koreastraße gefallen; die beiden russischen Geschwader, die mit so großer Anstrengung ausgerüstet und mit so viel Umsicht und Energie von ihren Admiralen Koschdjewskij und Nebogatow um die halbe Erde herum allen Schwierigkeiten zum Trotz bis nach Ostasien geführt worden waren, sind bei dem Versuche, nach Wladiwostok durchzubrechen, der überlegenen Schnelligkeit, Artilleriestärke und Taktik der Japaner erlegen, ja bis zur Vernichtung geschlagen worden; von den Linien Schiffen ist keins entkommen, von den Kreuzern nur der eine oder der andre. Es gibt keine russische Seemacht mehr im Großen Ozean, es gibt überhaupt kaum noch eine russische Kriegsflotte. Es ist ein Sieg von weltgeschichtlicher Bedeutung, die größte Seeschlacht seit der von Trafalgar am 21. Oktober 1805, und der siegreiche japanische Admiral Togo gehört in eine Reihe mit Seehelden wie Nelson und Tegetthoff. Aber die Tragweite von Tsuschima ist weit größer als die von Trafalgar. Diese Schlacht an der spanischen Küste stellte allerdings die englische Vorherrschaft zur See überhaupt fest, doch auf den Gang und den Erfolg des gleichzeitigen Landkrieges übte sie kaum einen Einfluß; der Seesieg in der Koreastraße begründet die Herrschaft Japans nur in den ostasiatischen Gewässern, doch er entscheidet auch den Landkrieg. Jede Aussicht auf die Überwältigung Japans ist für die Russen jetzt verschwunden; das höchste, was sie noch erreichen können, ist ein Landsieg, der ihre Waffenehre wiederherstellt und ihnen einen ehrenvollen Frieden ermöglicht, aber auch für einen solchen Sieg haben sie nach den bisherigen Erfahrungen und unter der Depression, unter der nach so vielen Niederlagen und so ungeheuern Menschenverlusten auch so tapfere und ausdauernde Truppen wie die russischen leiden müssen, nur noch wenig Chancen. So wird der Ruf nach Frieden in Rußland immer lauter erschallen. Zugleich hat der zarische Absolutismus einen letzten schweren Stoß erlitten; der Übergang zu irgendeiner Form des Verfassungsstaats scheint nunmehr unvermeidlich geworden zu sein, und wie sich in diesen Formen die russischen Verhältnisse entwickeln werden, das kann kein Mensch heute voraussagen. Es ist möglich, daß Rußland durch die furchtbaren Opfer und die Niederlagen dieses Krieges wie durch innere Wirren auf längere Zeit hinaus gelähmt wird, daß es, wie nach dem Krimkriege, verhindert ist, eine kräftige, aktive auswärtige Politik zu führen, daß es wie damals eine Reihe von Jahren braucht, sich zu sammeln.

Der eigentliche Sieger im Krimkriege war England, weil er die russische Flotte im Schwarzen Meere vernichtete, dieses neutralisierte und dadurch der russischen Politik gegenüber der Türkei einen Keil vorschob. Auch von dem Siege bei Tsuschima hat es neben Japan den größten Vorteil; Rußland hat im fernsten Osten die Frucht der Arbeit langer Jahre verloren, es ist vorläufig aus der Reihe der Seemächte gestrichen, eines der Gegengewichte gegen die Übermacht Englands zur See ist damit beseitigt worden, und zu dem gefürchteten Vormarsch auf Indien wird den Russen für die nächste Zeit die Kraft wie die Neigung fehlen. Aber die Freude der Engländer über Tsuschima muß gedämpft werden durch die Erwägung, daß da im fernen Osten eine zu See und Land gleich furchtbare Großmacht entstanden ist, die ihre eignen, der englischen Politik nicht immer bequemen Wege einschlagen wird, und daß diese Großmacht eine asiatische ist. Kein Krieg des neunzehnten Jahrhunderts hat deshalb die Wichtigkeit dieses ostasiatischen. Denn es ist doch sonnenklar: bei Tsuschima ist nicht nur Rußland geschlagen worden, sondern mit ihm die ganze weiße Rasse; das ohnehin starke Selbstgefühl der Japaner muß sich mächtig steigern: sie werden ihren Anteil fordern an der Herrschaft über den Großen Ozean, vor der Spitze ihres Schwertes liegen die Philippinen und Hinterindien, und dabei sind sie die Nebenbuhler vor allem Englands und der amerikanischen Union. Über diese Gegensätze helfen keine Verträge hinweg. Die Japaner werden allerdings wohl zu klug sein, das Mißtrauen der an Ostasien beteiligten Mächte sobald nicht herauszufordern, und deshalb sind auch die Befürchtungen für unser

Kiautschou, die hier und da auftauchen, sicher gegenstandslos, denn dieser deutsche Besitz ist ihnen politisch nicht nur ungefährlich, sondern muß ihnen geradezu erwünscht sein; werden sie doch sicherlich für die Integrität Chinas eintreten, und diese ist eine Forderung auch der deutschen Politik. Daß Japan bemüht ist, zu Deutschland, dessen Offizieren es die treffliche Schulung seiner Armee verdankt, im besten Verhältnis zu bleiben, das zeigt ja auch die verbindliche Sendung des Prinzen Arisugawa zur Hochzeit des Kronprinzen, sicher eine ungewöhnliche Sendung, an die noch vor zwanzig Jahren kein Mensch gedacht hätte. Denn was galt damals Deutschland unter den Welt- und Seemächten, und was bedeutete damals Japan? *

Zur Lösung der Krisis im Flottenverein. In die Stille, aus der der Einsender dieser Zeilen mit der wärmsten Teilnahme die Arbeit und die Schicksale des Flottenvereins als einer der wichtigsten Erscheinungen unsers nationalen Lebens verfolgt, drang in den letzten Wochen mißtönend der durch die Krisis im Flottenverein erregte Lärm der Presse. Die Grenzboten arbeiten schon lange an der Größe des Vaterlands, sie arbeiten auch schon länger als der Flottenverein an der Verbreitung des Flottengedankens. Ein paar ruhige Worte zur Ergänzung der trefflichen Äußerungen im 21. Hefte (Reichs Spiegel) finden, an dieser Stätte gesprochen, vielleicht Gehör und Beherzigung. Dem, der ruhig, nicht gleichgiltig die Krisis im Flottenverein verfolgte, erschien der Vorgang harmlos, der Gegensatz, der sich zwischen zwei großen Gruppen innerhalb des Vereins ausgebildet hatte, konnte ohne Leidenschaft und ohne Lärm, auch ohne die auffallende Amtsniederlegung ausgeglichen werden, in dem Wunsche, dem Vaterlande zu dienen, liegt eine einigende Kraft, und diese Kraft hat sich inzwischen ja auch wieder bewährt. In der Hauptversammlung zu Stuttgart hat man sich auf ein maßvolles Programm geeinigt. Die Mahnung zur Besonnenheit, die dort von dem ersten Vizepräsidenten des Vereins, Freiherrn von Würzburg, von dem Nestor des Vereins, Reichsgerichtsrat Stellmacher, und von dem Grafen zu Eulenburg-Prassen ausgesprochen wurde, fand offene Herzen. Das Verdienst der beiden ausgeschiedenen Mitglieder des Präsidiums wurde nach Gebühr gewürdigt, und ihre Kraft wird dem Vereine wohl erhalten bleiben. Die Unabhängigkeit des Vereins, an der nur Wigblätter und Feinde des Flottengedankens zweifeln, wurde unter dem Eindrucke des kaiserlichen Telegramms stark, für das Gefühl des Einsenders dieser Zeilen zu stark, betont.

Aber ein ungelöster Rest der Verstimmung bleibt. In dem Presselärm traten zu viele Anzeichen einer andern Krisis hervor: der monarchische Gedanke ist in weiten Kreisen des deutschen Volkes geschwächt, auch in solchen, die sich national nennen.

„Das Telegramm des Kaisers hat erst die Krisis hervorgerufen.“ — Ja, war denn dieses Telegramm für die Öffentlichkeit bestimmt? Fällt nicht die Schuld an der Krisis auf die Stellen oder die Personen, die die Veröffentlichung des Telegramms veranlaßt oder nicht verhindert haben? Daß der Kaiser überhaupt seine Meinung und seinen Willen ausgesprochen hat, wird ihm übel genommen. Und daß er im Ärger über die Bemängelung der von ihm geschaffnen Flotte an seine Kommandogewalt erinnert, wird ihm in der neuen Wochenschrift „Europa“ als „verfassungsrechtlicher Irrtum“ vorgehalten. Maßgebender als die Ansicht der Wochenschrift ist wohl das Urteil, das Laband in seinem Staatsrecht des Deutschen Reichs (3. Auflage, 2. Band, S. 590) über die Kommandogewalt des Kaisers auf dem Gebiete der Kriegsmarine fällt. Laband sagt: „Über die Organisation und Zusammensetzung der Kriegsmarine fehlen gesetzliche Vorschriften gänzlich; die Bestimmung darüber steht nach Artikel 53 der Reichsverfassung ausschließlich dem Kaiser zu, der dabei lediglich hinsichtlich der Dienstpflicht an die im Wehrgesetz und hinsichtlich der finanziellen Mittel an die in dem Reichshaushaltsetzgesetz gezogenen Schranken gebunden ist. Das (den Kaiser auf dem Gebiete des Heerwesens beschränkende) Reichsmilitärgesetz findet auf die Marine keine Anwendung.“

Aber sehen wir ganz von der staatsrechtlichen Grundlage des Kaiserlichen Telegramms ab. Gibt es in Deutschland einen Mann, der die Notwendigkeit, Deutschland zur See mächtig zu machen, früher erkannt hat, der den Wunsch, die Zukunft des Vaterlands auch durch eine starke Seemacht zu sichern, heißer empfindet und den Gedanken tatkräftiger und sachkundiger zur Tatsache zu machen sucht als der Kaiser? Wer hat das Wort gesprochen: „Bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte“?

Und wer sucht unermüdet dieser Not abzuweichen? Unser Kaiser! Der Kaiser, dem das deutsche Volk nicht nur seine Flotte, sondern viel andres, darunter die Kleinigkeit von siebzehn Friedensjahren, zu danken hat, aber nicht dankt. Wer in dieser Sache der Leitung des Kaisers folgt, verzichtet nicht auf seine Unabhängigkeit. Es hätte auch dem Flottenverein wohl angeschlossen, wenn er einem berechtigten Wunsche seines Kaisers gegenüber seine Unabhängigkeit etwas weniger laut betont hätte, als dies in Stuttgart geschehen zu sein scheint.

Zum konfessionellen Frieden. Der süddeutsche evangelische Geistliche im 19. Heft erwähnt die Bestrebungen des Breslauer Kanonikus Dr. Soltmann und nennt sie utopisch. Ein andres Unternehmen eines schlesischen Katholiken hat nichts Utopisches an sich. Wir meinen die Zeitschrift: Friedensblätter. Monatschrift zur Pflege des religiösen Lebens und Friedens. Unter dem hohen Protektorate Ihrer Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Maria de la Paz. Begründet von Julie von Massow. Herausgeber: Bernhard Strehler, Präfekt des fürstbischöflichen Knabenseminars in Meise. Erscheint im Verlage von Göbel und Scherer in Würzburg. Das Programm der Zeitschrift lautet: „Wir leben im Zeitalter der Aufklärung. Auf allen Gebieten verschwinden alte Vorurteile und machen besserer Erkenntnis Platz. Nur in religiösen Dingen wuchern Unwissenheit, Vorurteile, Mißverständnisse üppig weiter. Hierin einen Wandel zum Besseren anbahnen, Aufklärung bringen hüben und drüben, das ganze christliche, katholische Ideal des Glaubens und Liebens, besonders in seinen Grundwahrheiten, zentralen Andachten und wesentlichen Übungen, ohne verletzende Polemik darstellen und so wahres religiöses Leben pflegen, das wollen wir. Die Spaltung im Glauben hat auch die Herzen auseinandergerissen. Es gibt weite Kreise, die auf die Gläubigen eines andern Bekenntnisses mit Geringschätzung und Abneigung herabblicken. Es gibt Blätter und Bestrebungen, die kein andres Ziel zu haben scheinen, als Feindseligkeit unter den Christen zu säen und die Erbitterung zu steigern. Demgegenüber die christliche, aufrichtige Liebe gegen die Person des andersgläubigen Nächsten pflegen und fördern, das wollen wir. Wir wollen nicht durch Überredung zu einer äußern Konversion drängen. Wenn Gott eine Seele zur vollen Wahrheit führt, sei Ihm Dank dafür gesagt. Wir aber halten es für unangebracht, in ein solches Werk der Gnade ungerufen einzugreifen. Unsere Aufgabe ist umfassender. Daß die Frage der Wiedervereinigung nie mehr zur Ruhe komme, sondern immer weitere Kreise interessiere, daß immer mehr Christen — hüben und drüben — nach dem Vorbilde Jesu (Joh. 17) beten: Ut omnes unum sint, und daß so eine entferntere Vorbereitung geschaffen werde für das große Werk der Wiedervereinigung, welches Gottes Gnade allein vollbringen kann, das ist es, was wir wollen.“

Das ist ja nun nicht unser Standpunkt. Wir geben nicht zu, daß die römisch-katholische Kirche, und sie allein, die volle Wahrheit habe, und daß die Wiedervereinigung der Protestanten mit ihr das Ziel sei, dem wir zuzustreben hätten. Aber mehr, als die Zeitschrift sich vornimmt, ist vorderhand von katholischer Seite weder zu erwarten noch zu verlangen. Um die Art und Weise, wie sie ihr Programm durchführt, einigermaßen zu charakterisieren, erwähnen wir drei Beiträge. Im Aprilheft erörtert Josef Hermann das Wesen der Toleranz nach einer Programmarbeit von R. Martin. Er findet mit diesem, daß Nathan der Weise gar

kein Toleranzdrama ist. Die drei Hauptpersonen, deren Handeln ja nicht von ihrer zufälligen Religion, sondern von ihrer Humanität bestimmt wird, sind Gesinnungs-genossen, und keiner der drei hat am andern etwas zu tolerieren. Sie sehen nur über die ihnen gleichgiltigen äußerlichen Bekenntnisse hinweg, denen sie durch ihre Geburt zufällig angehören. Wenn man das schon Toleranz nennt, so ist es eine sittlich geringwertige Leistung: „Nur wo der Gegensatz empfunden wird, wo ein Abgrund klafft zwischen Weltanschauung und Weltanschauung, da hat das Dulden den Charakter einer sittlichen Anstrengung und Kraftleistung, nur da ist wirkliche Toleranz.“ Diese hat nun, wie im folgenden ausgeführt wird, das Vorurteil zu überwinden, daß die Angehörigen der andern Konfession schlechte Charaktere oder geringere Menschen seien, hat die Person von der Sache zu trennen und die ehrenwerte Person anzuerkennen, wo immer sie eine solche findet. Wir gehn freilich weiter und fordern, daß auch die ideelle und die geschichtliche Berechtigung der Sache anerkannt werde, würden aber schon zufrieden sein, wenn die Toleranz im Sinne von Hermann und Martin zur Herrschaft gelangte. Das *Matheft* gibt unter der Überschrift: Wahrheitsfönn, die Klage des Melchior Canus, eines spanischen Theologen des sechzehnten Jahrhunderts, wieder über die in die Kirche eingedrungenen Fabeln und über die beschämende Tatsache, daß die heidnischen Schriftsteller des klassischen Altertums im Durchschnitt wahrheitsliebender und zuverlässiger gewesen sind als die christlichen. In demselben Heft wird eine Schrift über das Fegefeuer, die beweisen will, daß im Reinigungsort ein wirkliches Feuer brennt, als eine unerfreuliche Erscheinung bezeichnet. Die Friedensblätter werden ohne Zweifel wohlthätig wirken. Wir wünschen, daß sie unter den Katholiken weitere Verbreitung finden als etwa der berühmte Pelikan und ähnliche Ausgeburt des Aberglaubens und des Fanatismus, und daß sie von protestantischer Seite aufgemuntert werden.

C. J.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Odol-Ode!

Ich will ein Lied zu deinem Preise singen,
Und tönend soll es in die Weite klingen,
Odol!

Dem edlen Sönger frischen Mund verleihst du,
In Glanz und Reinheit Zahn und Gaumen weihst du,
Odol!

Auch Lipp' und Zunge spüren deinen Segen,
Von deinem Naß gestärkt zu freier'm Regen,
Odol!

Dem Atem gibst du keuschen Duft der Blume . . .
Was soll ich sagen noch zu deinem Ruhme,
Odol!

O mögst du jedem Menschenmund auf Erden
Ein Quell der Frische und Gesundheit werden,
Odol!

